

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda



Neukirch und Umgegend

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzolamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassa Bischofswerda Konto Nr. 64

Veröffentlichungswelle: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Druck- und Verlagsgesellschaft für den Sächsischen Erzähler, Neukirchstraße 13, Bischofswerda. Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Am Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpollige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Letztteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 101

Dienstag, den 16. August 1932.

87. Jahrgang

Tageschau.

- Die Einberufung des Reichstags bleibt, wie vorgesehen, beim 30. August.
- Die Regierungskommission im Saargebiet hat trotz des einmütigen Protestes der Saarbewohner und ihrer gewählten Vertreter im Landesausschuss neue Steuererhöhungen verordnet, wie sie zuvor schon die Erhöhung der indirekten Steuern diktierten. 80 Millionen fehlen ihr zur Ausgleichung ihres Haushalts.
- In Oplau begann gestern der Prozeß gegen 45 Reichsbankverleumdung und Kommunisten, darunter zwei Frauen, wegen Landfriedensbruchs.
- In der nordenglischen Textilindustrie droht ein Streik auszubrechen.
- Am Sonntag und Montag sind in den Alpen insgesamt 60 Personen tödlich verunglückt.
- Ein heftiges Erdbeben wird aus San Juan (Argentinien) in der Provinz Mendoza gemeldet. Bisher liegen noch keine Einzelheiten über die Zahl der Opfer vor.
- ^{*) Ausführliches an anderer Stelle.}

Die fachliche Arbeit.

Die nächsten Aufgaben der Reichsregierung.

Das Reichskabinett ist am Montagnachmittag endlich wieder zu einer Sitzung zusammengekommen, die allein der fachlichen Arbeit galt. Es ist unrichtig zu erraten, mit welchen Problemen sich die Reichsregierung jetzt in erster Linie zu befassen hat, nachdem Hindenburg vor seiner Abreise nach Neudorf der Reichsregierung dringende Ansätze gegeben hat, die Maßnahmen für die Arbeitsbeschaffung zu fördern. Diese Frage ist in der Tat in einem sehr erheblichen Umfang das Kardinalproblem unserer gegenwärtigen innerpolitischen Lage. Die Reichsregierung hat ganz bestimmte Pläne der Arbeitsbeschaffung, deren Verwirklichung indessen Geldmittel erfordert, über deren Bereitstellung zunächst noch Verhandlungen mit der Reichsbank schweben. Außerdem soll die Entwicklung der Arbeitsdienstfrage erfreulicherweise ein etwas schnelleres Tempo annehmen. Man weiß, daß gegenwärtig noch alles in den ersten organisatorischen Anfängen steckt. Auch sind sich die verantwortlichen Instanzen über den Weg, den es künftig einzuschlagen gilt, noch nicht in allen Einzelheiten klar. Gerade hier kommt es aber darauf an, nach großen leitenden Gesichtspunkten zu verfahren und aus dem Arbeitsdienst eine wirklich leistungsfähige Einrichtung für das Volksganze zu machen. Jedes Uebermaß von Bürokratie könnte nur Schaden stiften. Alle lebendigen Kräfte der Nation müssen für die freiwillige Rotarbeit herangezogen und in den großen organisatorischen Rahmen eingepaßt werden.

Gleichzeitig wird die Reichsregierung ihr Augenmerk auf die Gestaltung der Finanzlage richten müssen. Wir müssen endlich einmal aus dem Zustand der Ausschiffungsmaßnahmen herauskommen. Natürlich kann eine wirkliche Finanzreform nur im Zusammenhang mit einer Verwaltungsreform in Angriff genommen werden, weil sonst wiederum das für Deutschland fundamental wichtige Problem des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ungelöst bleibt. Wie man sieht, verflechten sich hier fast alle Probleme der deutschen Staatspolitik, und nur diejenige Reichsregierung wird zu neuen Zielen durchstoßen können, die die Frage der inneren Reform nach einem großzügigen und einheitlichen Gesamtplan anfängt. Selbstverständlich gehört in diesen Zusammenhang auch die Frage der Reform der Sozialversicherung hinein, und zwar nicht nur vom organisatorischen Standpunkt, sondern auch vom Gesichtspunkte der Finanzen aus. Es gehören ganz ersahrene Verwaltungsfachleute dazu, um auf Grund der geleisteten Vorkarbeiten die notwendigen Vorschläge für die Neuorganisation zu machen. Aber Routine allein genügt zur Erfüllung dieser Aufgabe nicht, sondern es ist dafür noch schöpferische staatspolitische Phantasie erforderlich.

Um das Werk dieser Reform aber durchführen zu können, muß die Reichsführung zunächst die Macht fest in der Hand haben. Durch die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen ist der allererste Anfang auf dem Gebiete der Reichsreform gemacht worden. Niemand könnte eine Reichsregierung heute daran denken, sich gegen die Gegnerschaft fast aller Parteien durchzusetzen, wenn sie nicht gleichzeitig auch über die Machtmittel des preussischen Staatswesens verfügte. Diese Erkenntnis, die jahrelang tauben Ohren gepredigt wurde, hat sich jetzt endlich im deutschen Volke und an den verantwortlichen Stellen durchgesetzt. Es wäre für die

Gesamtentwicklung ein verhängnisvoller Rückschritt, wenn wir nochmals durch die Neubildung einer vom Reich unabhängigen preussischen Regierung auf parlamentarischer Grundlage dahin gelangen sollten, daß der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen von neuem aufgerissen würde. Wenn die Reichsregierung gerade in der Frage der Reichsreform nicht bald zu grundlegenden und endgültigen Entscheidungen gelangt, läuft sie immer wieder Gefahr, daß ihr eines Tages von Preußen her das ganze Reformwerk zerfallen wird.

Ueberblickt man die Gesamtheit dieser staatspolitischen Aufgaben, dann erkennt man eine Fülle von Möglichkeiten, aber auch von Gefahren. Diese können nur gebannt werden, wenn die Reichsregierung einen Schritt nach dem anderen folgerichtig auf dem Wege der Ueberwindung des Weimarer Systems tut. Wenn es jetzt dahin kommt, daß die Gegner sich eingraben und zum Stellungskrieg übergehen, dann besteht die Befürchtung, daß die Kräfte der Abwehr und des Verharrens allmählich stärker werden als die des Angriffs. Wir leben in einer Zeit, in der ein Regieren nach rein bürokratischen Gesichtspunkten nicht mehr der Aufgabe der Staatsführung gerecht wird. Vielmehr müssen Entschlüsse von historischer Tragweite bald gefaßt werden, wenn nicht das ganze Reformwerk verlanden und schließlich wieder in eine Neuaufgabe des alten Systems einmünden soll.

Die gestrige Ministerbesprechung.

Berlin, 16. August. (E. M.) Die gestrigen Besprechungen der Reichsminister dauerten mehrere Stunden. Von unterrichteter Seite wird dazu noch mitgeteilt, daß das Reichskabinett auf der bisherigen Linie weiterarbeiten werde. Die Arbeiten an den beabsichtigten Maßnahmen, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, werden während der nächsten Tage und Wochen, hauptsächlich in der Form von Einzelbesprechungen zwischen den beteiligten Ressorts, weitergeführt werden.

Reichstag am 30. August.

Berlin, 16. Aug. (Eig. Dienst.) In den letzten Tagen der politischen Hochspannung ist vielfach das Gerücht ausgebreitet, die Reichsregierung beabsichtige, die Einberufung des neuen Reichstags über den letzten nach der Verfassung zulässigen Termin, also über den 30. August, hinauszuzögern. Wie wir aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren, kann davon keine Rede sein. Vielmehr wird die Reichsregierung nach der Konstituierung des Reichstages vor das Parlament treten und diesem Rechenschaft über ihre Taten und Absichten ablegen. Allerdings ist die Reichsregierung, wie wir zu wissen glauben, nicht geneigt, sich dem Druck des Reichstags zu fügen und von ihrem Platz zu weichen, wenn das Parlament es etwa wünschen sollte. In diesem Falle muß daher mit einer erneuten Auflösung des Reichstages gerechnet werden. Darüber dürften sich inzwischen wohl auch die Parteien klar geworden sein. Aber es hat nicht den Anschein, als wollten sie den Reichstag durch eine Tolerierung der Regierung von Papen lebensfähig machen. Die weitergehenden Gerüchte, als ob die Reichsregierung und Reichspräsident im Falle des Verlangens des Reichstages an die Einberufung einer neuen Nationalversammlung dächten, sind ohne Grundlage, zumal die sachlichen Bedenken eines solchen Vorgehens auch in der Reichsregierung die stärkste Beachtung gefunden haben. An eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten mit parlamentarischen Mitteln ist kaum noch zu denken.

Was ist eine Präsidialregierung?

Wie es mit den meisten neuen politischen Vokabeln geht, wird das Wort Präsidialregierung von manchem Leser auf sonderbare Weise mißverstanden. Es handelt sich dabei nicht, wie vielfach angenommen wird, um die Regierung eines „Präsidentiums“ von wenigen Männern, denen besondere Vollmachten an die Hand gegeben sind. Der das meint, dem schwebt offenbar der Begriff des „Direktoriums“ vor, auf den diese Voraussetzungen ungefähr zuträfen. Eine Präsidialregierung ist etwas anderes. Sie ist eine Regierung, die ihre Zusammensetzung dem Vertrauen des Reichspräsidenten verdankt, nicht aber dem Verhandeln zwischen den Parteien, die dabei ihre Ansprüche nach parlamentarischem Brauch auf Grund ihrer Fraktionsstärke durchzusetzen versuchen. Die Präsidialregierung bedeutet also Abkehr von den demokratisch-parlamentarischen Methoden, die seit der Revolution bis zuletzt üblich waren.

Dabei ist (sogleich festzustellen, daß auch die Präsidialregierung das Vertrauen des Parlaments nicht entbehren

kann. Wenn sie unter den „gewählten Volksvertretern“ keine Mehrheit für sich zusammenbekommt, so muß sie zurücktreten oder den Reichstag auflösen, was sie übrigens wegen derselben Sache nur einmal tun darf. Sie hat aber ein sehr scharfes Abwehrmittel zur Verfügung insofern, als sie nach der Reichstagsauflösung nicht einen neuen Reichstag wählen lassen muß, sondern eine neue verfassunggebende Nationalversammlung wählen lassen kann, die alle Verfassungsänderungen mit einfacher Mehrheit beschließt (wofür im Reichstag Zweidrittelmehrheit nötig ist). Und es kommt hinzu, daß sie für die Wahl zur Nationalversammlung das Wahlrecht selbständig ändern kann.

Mit diesen Erklärungen über die bestehenden Möglichkeiten soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Regierung Papen zur Zeit gedankt, sich ihrer zu bedienen.

„Entweder Macht oder Opposition“

Der „Angriff“ über das negative Ergebnis der Verhandlungen Hitlers.

Berlin, 16. August. (E. M.) Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels sagt im „Angriff“ in einem Artikel: „Die Macht an Hitler!“ u. a.: Die nationalsozialistische Bewegung und ihr Führer verfolgten nur ihr gutes Recht, wenn sie bei der Belastung mit einer ungeheuren geschichtlichen Verantwortung, die sie für die kommende deutsche Politik zu übernehmen hatten, nun auch die Forderung aufstellten, daß man ihnen in eindeutiger Weise die Führung der Regierungsgeschäfte anvertrauen und ihnen damit die Möglichkeit gäbe, jene Reformen durchzuführen, die sie für die Wiedergeburt der Nation und für die Reinigung des öffentlichen Lebens in Deutschland für unerlässlich notwendig hielten. Man hat unserer Bewegung in der Vergangenheit oft den Vorwurf gemacht, sie treibe eine Desperatopolitik, und wenn man sie vor die Verantwortung stelle, dann brücke sie sich schon beifalle. Ihr war zum ersten Mal die Gelegenheit geboten, der nationalsozialistischen Bewegung die Chance der Opposition zu nehmen und sie mit der ganzen Würde und Last der Verantwortung zu beladen. Selbstverständliche Voraussetzung dafür aber mußte sein, daß man ihrem Führer und seinen Mitarbeitern freie Hand gab, da ohne dies eine Uebernahme der Verantwortung vollkommen widersinnig war. Was haben die hohen Herren in der Wilhelmstraße sich eigentlich dabei gedacht, als sie Adolf Hitler aufforderten, im Kabinett Papen die Vizekanzlerschaft zu übernehmen? Glaubte man dort in der Tat, daß die nationalsozialistische Bewegung sich eine beleidigende und kränkende Behandlung gefallen ließe, die man in der Vergangenheit nicht einmal der Sozialdemokratie zumute? Darüber aber soll kein Zweifel bestehen: Im Zwielicht bleiben wir nicht.

Entweder gibt man uns die Macht, dann tragen wir die Verantwortung, oder man verweigert uns die Macht, dann stehen wir in der Opposition u. so.

Es wird dann so sein, daß jene Regierung, die sich bei ihrem Beginn etwas vornehmlich mit dem schmückenden Beiwort der „nationalen Konzentration“ ausstattete, auf den erbitterten Widerstand des gesamten nationalen Deutschland, das heute unter unserer Führung steht, stößt.

Ueber den Ausgang dieses Kampfes braucht uns nicht bange zu sein. Was man uns heute verweigert, das wird man uns morgen geben müssen. In ruhiger und sicherer Entschlossenheit tritt die Bewegung an. Ihr Ziel ist unverändert wie immer: die Macht an Hitler!

Was werden die Nationalsozialisten tun?

Bei den Nationalsozialisten scheint im einzelnen die Latenz für die nächste Zukunft noch nicht festgelegt zu sein. Es wird in politischen Kreisen viel beachtet, daß die für den 16. und 17. August in Berlin geplante Führung aller nationalsozialistischen Abgeordneten aus dem Reich und Preußen, und aller Gauleiter auf unbestimmte Zeit, wie manche wissen wollen, mindestens bis Ende der Woche vor sich abgeschlossen worden ist.

Die Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei legen aber offensichtlich Wert auf eine weiterhin möglichst ruhige Klärung. In dieser Weise interpretiert man in politischen Kreisen den achtstägigen Urlaub für die SA-Formationen.

München, 15. August. (Eig. Meldg.) Die Nationalsozialistische Korrespondenz schreibt zu den Verhandlungen am vergangenen Sonnabend u. a., Hitlers Ablehnung der Vizekanzlerschaft unter Papen sei eine Tat gewesen. Hitlers Nein werde nicht nur von der gesamten nationalsozialistischen Bewegung begrüßt, sondern auch vom deutschen Volke, das

Dezember) enthält 4 und 3 Spalten in Dreifachen. Sie sind 7
Grannern in unferem Ort, die Silb of E f o p a r für das
Reißer Studium erworben hatte, erwarb kein jüngerer Stu-
ber und Stadtschreiber Dr. a. Edeleberg im Jahre 1470
noch einen Stellvertreter bei dem Schriftführer Dr. E f o p a r
berichtig, gestiftet ihm und dem E f o p a r Dr. E f o p a r
gebende, von der Polier durchgeführte Sozialstatistik
auf das gegenüberliegende Schloß Johanna seht.
Spende nach Kopfbuch.
nung, und erst im Jahre 1842 ist hochzeit eine abgehorte
Kandemithescheimung eingeführt worden. Es ist aber auch
hin Sandhäuser im zweiten Einne des Meeres, denn die
Rechtlich einer Bemerkung nicht sich vom Reichsbau, und
ter zugrunde. Die letzten Nachrichten wurden im Jahre 1779
aus Gütlich vor ähnlchen Egetroutoren lantlich erschaffen.
Reißer Pich und Angest der Statte.